

Der Vollzugsdienst

4-5/2018 – 65. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Die Unwägbarkeiten der Föderalismusreform sind bekannt

AG Justiz trifft Bundesjustizministerin Dr. Katarina Barley

Seite 7

Pakt zur Bekämpfung von Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst geschlossen

Politisches Abendessen des dbb Hessen in Wiesbaden

Seite 44

Die Erhöhung der besonderen Altersgrenze ist nicht hinnehmbar

VNSB im Gespräch mit Nds. Finanzminister Reinhold Hilbers

Seite 57

Foto: © bluedesign/AdobeStock



Quo vadis Strafvollzug?

Limburger Urteil gegen Vollzugsbedienstete schockiert

Mehr dazu auf Seite 1 dieser Ausgabe



Baden-Württemberg



Brandenburg



Sachsen

INHALT



BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Quo vadis, Strafvollzug ?
Limburger Urteil gegen
Vollzugsbedienstete schockiert
- 1 Vorhersehbar – kausal – objektiv
zuzurechen ... ???
Zwischenruf 2 aus Hessen
von Birgit Kannegießer
- 7 Arbeitstreffen der Tariffkommission
des BSBD
- 7 Unwägbarkeiten der Föderalismus-
reform sind bekannt –
AG Justiz trifft Bundesjustizministerin
Dr. Katarina Barley
- 8 Streikleiterkonferenz
tagte in Berlin
- 8 12. Deutscher Seniorentag:
Brücken bauen – Solidarität in der
Gesellschaft
- 9 Frauen 4.0:
„Ab durch die gläserne Decke“
- 10 Demokratie stand im Mittelpunkt
des Seminars
- 11 Ansehen des öffentlichen Dienstes
ungebrochen gut

LANDESVERBÄNDE

- 13 Baden-Württemberg
- 27 Bayern
- 29 Berlin
- 34 Brandenburg
- 38 Hamburg
- 43 Hessen
- 50 Mecklenburg-Vorpommern
- 56 Niedersachsen
- 60 Nordrhein-Westfalen
- 74 Rheinland-Pfalz
- 80 Saarland
- 81 Sachsen
- 83 Sachsen-Anhalt
- 89 Schleswig-Holstein
- 93 Thüringen
- 86 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion
 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-Isa.de www.bsbd-Isa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 6/2018:

⇒ ⇒ **11. Dezember 2018**



Zahlreiche Argumente gegen Schließung der JVA Trier

Arbeitskreis „Justiz“ der Landtagsfraktion der SPD zu Besuch in der Justizvollzugsanstalt Trier



Von links: Kollege Adam, Kollege Ernzerhoff, Kollege Kohl, MdL Teuber, MdL Sippel, MdL Rommelfanger, Kollege Ternes. Nicht im Bild MdL in Sahler-Fessel, AL in Beckmann, Kollege Stuppy, Kollege Philipps.

Foto: BSBD RLP

Am 18. Juni 2018 besuchte der Arbeitskreis Justiz der Landtagsfraktion sowie die „Trierer“ Landtagsabgeordneten der SPD die JVA Trier.

In Anwesenheit der Anstaltsleiterin Frau Beckmann sowie den Mitgliedern des örtlichen Personalrates wurden allgemeine Themen und Problematiken des Vollzuges in Rheinland-Pfalz mit den Parlamentariern erörtert. Man war

sich hierbei einig, dass sich der Vollzug in Rheinland-Pfalz den neuen Herausforderungen, wie beispielsweise eine immer schwerer werdende Nachwuchsgewinnung für den mittleren und gehobenen Vollzugsdienst oder die höhere Anzahl an verhaltensauffälligen Gefangenen, stellen muss.

Daneben war von Seiten des Personalrates mangelnde Wertschätzung des Personals durch die Politik ein Thema, hier wäre die gewünschte Erhöhung der

sogenannten „Gitterzulage“ auf das Niveau der „Polizeizulage“ ein wichtiges Zeichen der Politik, welches in die richtige Richtung zielen würde.

Naturgemäß war die „geplante“ Schließung der JVA Trier ein weiteres Thema der Besprechung. Hier war es der Anstaltsleiterin sowie dem Personalrat ein Hauptanliegen, den politisch Verantwortlichen ihre zahlreichen Argumente, die gegen eine Schließung der JVA Trier sprechen, darzulegen. Auch wurde den Abgeordneten während eines Rundganges durch die Anstalt der sehr gute bauliche Zustand derselben vor Augen geführt.

Zum Abschluss bedankte sich der Vorsitzende des Arbeitskreises Herr MdL Heiko Sippel für das offene Gespräch und sagte zu, dass man von Seiten der Abgeordneten im Falle einer notwendig werdenden politischen Entscheidung über eine eventuelle Schließung der JVA Trier auch die von Seiten der Anstaltsleitung und des Personalrates vorgebrachten Aspekte hierin einfließen lassen werde.

Aus Sicht des Personalrates sehen wir im Besuch der Abgeordneten ein klares Zeichen, die Bediensteten der JVA Trier sowie deren Sorgen und Nöte ernst zu nehmen und ihnen die Hoffnung zu geben, dass in Trier noch nicht aller Tage Abend ist.

Landtag wählt neue Bürgerbeauftragte mit großer Mehrheit

Landesvorsitzender Winfried Conrad überbringt die Glückwünsche des BSBD

Seit Mai des Jahres ist Frau Barbara Schleicher-Rothmund die neue Bürgerbeauftragte des Landes Rheinland-Pfalz und hat somit Dieter Burgard abgelöst, der sich in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet hat.

Frau Schleicher-Rothmund wurde im Dezember 2017 in geheimer Wahl mit großer Mehrheit vom Landtag in dieses Amt gewählt. Zuvor war die SPD-Abgeordnete aus Germersheim seit 2001 im rheinland-pfälzischen Landtag und dort in den letzten Jahren auch als Vizepräsidentin des Landtages tätig.

Landesvorsitzender Winfried Conrad überbrachte die Glückwünsche des gesamten Landesvorstandes zu dieser neuen verantwortungsvollen Aufgabe.

An dem in sehr angenehmer Atmosphäre geführten Gespräch nahm auch die für den Justizvollzug zuständige Referentin Frau Follmann teil. Fast ein Viertel aller Eingaben betrifft den



Von rechts nach links: Frau Barbara Schleicher-Rothmund, Landesvorsitzender Winfried Conrad, Frau Follmann.

Foto: BSBD RLP

rheinland-pfälzischen Justizvollzug, somit ist die Bürgerbeauftragte eine wichtige Ansprechpartnerin auch für die Gewerkschaft.

Conrad ging zunächst auf die aktuelle Situation im Justizvollzug unseres Landes ein. Fehlendes Personal, zunehmende Arbeitsverdichtung und eine

geänderte Klientel führt im Vollzug zu großen Problemen. Der geplante Personalabbau sei zwar vom Tisch, es fehle aber an Ausbildungsstellen und zusätzliches Personal im Allgemeinen Vollzugsdienst sei dringend erforderlich.

Auch die zunehmende Gewalt gegenüber Bediensteten sei besorgniserregend und erfordere nach Meinung der Gewerkschaft schnelles Handeln.

Die angespannte Personalsituation wurde in den letzten Berichten des Bürgerbeauftragten auch thematisiert, dafür bedankte sich Landesvorsitzender **Conrad**. Das Angebot der Gewerkschaft, mit Vertreterinnen und Vertretern einzelner **BSBD** Arbeitsgruppen die Bürgerbeauftragte und ihre Referentin über die Schwierigkeiten und Probleme des Vollzugsalltags zu informieren, wurde von Frau **Schleicher-Rothmund** gerne angenommen. Im Herbst/Winter will man dies angehen.

Weitere Besprechungsthemen waren die hohe Krankenquote bei den Bediensteten und die Bewerbersituation für die einzelnen Laufbahnen.

Einvernehmen bestand darüber, auch zukünftig sich zu Gesprächen und Meinungsaustausch zu treffen.

Schnelle Reaktion der Aufsichtsbehörde

Auf Antrag der SPD, FDP und dem Bündnis 90/ Die Grünen wurde eine Gesetzesänderung bezüglich der Fixierung im Justizvollzug und Maßregelvollzug noch kurzfristig eingebracht.



Nach Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Juli 2018 war hier dringender Handlungsbedarf. Um ein langfristiges Gesetzesänderungsverfahren zu vermeiden, wurde der Antrag auf Gesetzesänderung noch schnell formuliert und am 23. August mit der schon geplanten Gesetzesänderung im Landtag verabschiedet. Erfreulich ist, dass die örtliche Zuständigkeit für die Anordnung der Fixierung klar geregelt wurde. Somit entfällt die von der Praxis in den Vollzugseinrichtungen schon befürchtete sehr zeitaufwendige und nervenaufreibende Zuständigkeitsprüfung. Die schnelle Reaktion der Aufsichtsbehörde – die die Vorarbeiten in der Sache leisten musste – wurde von den **BSBD** Gewerkschaftsvertretern ausdrücklich gelobt.

Geplante Gesetzesänderung begrüßt

Ausdrücklicher Dank des BSBD an Justizminister Herbert Mertin

Nach vorangegangenen Anhörungsverfahren – an dem auch der BSBD Landesverband eine Stellungnahme abgegeben hat – wurden nunmehr drei Gesetzesänderung auf den Weg gebracht.

Insbesondere die praxisorientierte Regelung, die zu einer maßvollen und situationsangemessenen Reduzierung der umfassenden Planungs- und Dokumentationspflichten führt – so die Pressemitteilung des Ministeriums –, wird von unserer Gewerkschaft sehr begrüßt.

In Gesprächen mit dem Minister und mit vielen Landtagsabgeordneten aller Fraktionen wurde die Problematik von unserer Gewerkschaft intensiv angesprochen. Für diesen Änderungswillen dürfen wir uns bei Minister **Herbert Mertin** ausdrücklich bedanken.

Weiterer Änderungsbedarf

Weiterer Änderungsbedarf wurde schon mehrfach von der Gewerkschaft angemahnt, insbesondere nach dem Wegfall der Arbeitspflicht und deren Auswirkungen, scheint auch hier Handlungsbedarf zu sein. Bei einer weiteren Än-

derungsabsicht sind wir noch etwas skeptisch, inwieweit sie in der Praxis die notwendige Anwendung findet. Dazu heißt es in der Presseerklärung des Ministeriums: „Vorgesehen ist weiterhin eine klarstellende Regelung der Abwägungskriterien für Entscheidungen über die Unterbringung im offenen Vollzug oder der Gewährung von Lockerungen, um die Handlungssicherheit der Vollzugsbediensteten zu erhöhen.“

Dem Verhalten und der Entwicklung der Straf- und Jugendstrafgefängnisse während der Haft soll größeres Gewicht zukommen, als die Umstände, die bereits Gegenstand der Verurteilung waren“. Nach dem Urteil des Landgerichts Limburg gegen zwei rheinland-pfälzische Bedienstete wegen fahrlässiger Tötung mit Haftstrafen von jeweils neun Monaten auf Bewährung wird die geplante Gesetzesänderung nach unserer Meinung nicht zur Beruhigung der „Entscheider“ beitragen.

Hier wäre mal eine öffentliche Stellungnahme unseres Arbeitgebers zu dem Ausgang des Verfahrens nicht nur zu begrüßen, sondern auch dringend notwendig.

„Silberstreif am Horizont“

Landesregierung verabschiedet Haushaltsplan 2019/2020

Erst ein paar Tage sind vergangen, als Ministerpräsidentin Malu Dreyer und ihre Ministerinnen und Minister im Kabinett den Haushaltsentwurf für den Doppelhaushalt 2019/2020 verabschiedet haben.

Unser Minister ist mit den Beschlüssen zufrieden, wir, die größte Interessenvertretung der Vollzugsbediensteten in Rheinland-Pfalz verspüren eine gewisse Zufriedenheit mit den geplanten Verbesserungen. Insbesondere ist eine langjährige Forderung des **BSBD** in Erfüllung gegangen, die Anhebung der Gitterzulage auf das Niveau der Polizei. Auch wenn wir uns alle die Umsetzung schon im Haushaltsjahr 2019 gewünscht hätten, kommentiert Landesvorsitzender **Conrad** die Entscheidung, so ist es dennoch zu begrüßen, dass man hier die Anpassung an viele andere Bundesländer anstrebt.

Mit großer Genugtuung haben die Gewerkschafter auch die Verbesserungen der Beförderungssituation – insgesamt über 100 Beförderungen, ein größter Teil für den AvD – zur Kenntnis genommen. Hier hat sich das Engagement

und die Hartnäckigkeit der **BSBD** Arbeitsgruppe gelohnt. Auch die zusätzlichen 44 Ausbildungsplätze für Anwärterinnen und Anwärter waren eine Forderung der Gewerkschaft. Wie bei Wunschlisten so üblich sind nicht alle Wünsche in Erfüllung gegangen. Zwar ist die nicht nachvollziehbare Idee von Stellenstreichungen für diese Legisla-



Foto: BSBD RLP

turperiode vom Tisch, die Praxis signalisiert jedoch aufgrund gestiegener Anforderungen und Arbeitsverdichtung einen nicht unerheblichen Personalbedarf. Hier müssen wir weiter „am Ball“ bleiben, sagte **Conrad**.

Insgesamt und im Rückblick auf die Haushaltsaufstellungen der letzten Legislaturperioden sollten wir nicht unzufrieden sein. Wir werden uns weiter für die Belange der rheinland-pfälzischen Vollzugsbediensteten einsetzen.

Karl Vellen verstorben

Am 28. Juni 2018 ist unser Ehrenmitglied im Landesvorstand und langjähriger Vorstandskollege Karl Vellen im Alter von 75 Jahren verstorben.

Karl Vellen hat in seiner Laufbahn im Strafvollzug, die er 1977 begann, in seiner dienstlichen Wirkungsstätte der Justizvollzugsanstalt in Wittlich Spuren hinterlassen.

Als gelernter KFZ-Meister hat er sehr früh versucht, seine Erfahrungen aus der freien Wirtschaft in das damals noch sehr starre System Strafvollzug einfließen zu lassen. Kurze Zeit nach seinem Dienst Eintritt hat Karl Vellen die Interessen der Beschäftigten der

JVA Wittlich als Personalratsmitglied vertreten. Schon zu dieser Zeit sah er die Zielsetzung der Personalvertretung darin ein fairer und vertrauensvoller Ansprechpartner zu sein, der nur ein Ziel verfolgt, Verbesserungen zum Wohle der Beschäftigten umzusetzen.

Karl Vellen hat mit seiner gelassenen und beharrlichen, von seiner Heimat der Eifel geprägten Art alle Klippen und Hürden der Personalratsarbeit gemeistert.

Aber nicht nur auf örtlicher Ebene, auch auf Landesebene hat er sehr früh als Mitglied im Hauptpersonalrat die Entwicklung im Strafvollzug begleitet. Er war neben dem ehemaligen Vorsitzenden Günter Klöckner der sogenannte zweite Mann im Hauptpersonalrat. Dort hat er mit konstanter Beharrlichkeit und sehr viel Geschick die Interessen aller im Land beschäftigten Kolleginnen und Kollegen vertreten. Ohne Zögern hat er nach dem frühen Tod von Günter Klöckner den Vorsitz im Hauptpersonalrat für vier Jahre bis zum Jahr 2001 übernommen und eine herausragende Arbeit geleistet. Er war sehr schnell bei allen seinen Gesprächspartnern im Ministerium anerkannt und akzeptiert. Karl Vellen war es auch, der eine Entschei-



Bild aus dem Jahr 2005 – Verleihung der Ehrenmitgliedschaft im Landesvorstand.

Foto: BSBD RLP

dung immer kritisch beleuchtete und hinterfragte, um dann seine Auffassung begründet und konsequent zu vertreten. Seine kurze und klare Art hat die Sachverhalte immer auf den Punkt gebracht.

Die Belange und Interessen seiner Kolleginnen und Kollegen haben ihm immer am Herzen gelegen. Diese Wesensart hat auch seinen Werdegang im Berufsverband begleitet. Auch hier nur die Interessen seiner im Verband organisierten Kolleginnen und Kollegen im Blick, hat er sehr früh nach seinem Dienstbeginn im Ortsverband Wittlich die Funktion des Schriftführers bzw. Geschäftsführers übernommen. Dieses Amt hat er in seiner bescheidenen Art über Jahre bestens ausgefüllt, ohne sich in die

erste Reihe drängen zu wollen. Vielen Ortsverbandsvorsitzenden war er in dieser Zeit ein fleißiger und treuer Weggefährte.

So wurde Karl Vellen zum Ehrenmitglied des Ortsverbands Wittlich ernannt. Als Bindeglied zwischen Ortsverband und Landesverband war Karl Vellen lange Jahre auf Landesebene als Verbandsvertreter tätig.

Seinem Engagement und seiner Mitstreiter im Landesvorstand ist es zu verdanken, dass man manche Verbesserung für den Strafvollzug erreichen konnte.

Karl Vellen hat sich sowohl in seiner Tätigkeit im Hauptpersonalrat als auch in der Verbandsarbeit für alle im rheinland-pfälzischen Justizvollzug tätigen Kolleginnen und Kollegen eingesetzt.

Es ist wohl selbstverständlich, dass Kollege Vellen wegen seiner Verdienste zum Ehrenmitglied des Landesvorstandes ernannt wurde.

Für seinen Einsatz und seinen persönlichen Zuspruch in der Vergangenheit ist ihm der BSBD sehr dankbar.

Er wird unserem Verband fehlen.

Winfried Conrad, Landesvorsitzender

Permanent am Limit – Burnout im Beruf

Was bereitet Stress? – Besonders unbeliebt: Anruf der Dienststelle während der dienstfreien Zeit



Seminargruppe.

Foto: BSBD RLP

Der Förderverein des BSBD Rheinland-Pfalz veranstaltete und organisierte ein Seminar unter dem Thema Burnout im Beruf. Als Tagungsstätte stand die dbb Akademie in Königswinter zur Verfügung.

15 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus fast allen Justizvollzugseinrichtungen des Landes traten die Reise zur Tagungsstätte an. Zunächst wurde nach einer kurzen Vorstellungsrunde die Thematik – wie entsteht ein Burnout-Syndrom? – bearbeitet.

Anhand des Films – die kranke Seele – erfuhr die Seminargruppe, wie ein Burnout entstehen kann. An Beispielen von Ex-Nationaltorhüter Robert Enke,

dem ehemaligen Skispringer **Sven Hanawald** und dem Sänger der Gruppe PUR **Hartmut Engler** wurde die Entstehung der Krankheit dokumentiert.

Schon bei der Vorstellungsrunde wurde bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern abgefragt, was im Dienst Stress bereite. Spitzenreiter der Nennung war der Anruf der Dienststelle während der dienstfreien Zeit. Aber auch die Dienstplanung selbst und die Vorgesetzten wurden als Stressfaktoren genannt.

Die Ergebnisse griff in seinem Vortrag der Referent **Mark Schallmo** auf. Sein Thema: „Macht die Dienstplanung krank – Stress im Strafvollzug“. Der nächste Tag begann mit dem Referenten **Matthias Lammert**. Herr **Lammert**



Referent MdL Matthias Lammert, CDU.

Foto: BSBD RLP

ist Mitglied der CDU-Landtagsfraktion und Mitglied der Strafvollzugskommission. Der Abgeordnete referierte über: „Wie steht die Politik zu der zunehmenden Arbeitsdichte und den hohen Anforderungen an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“. MdL **Lammert** kam sehr schnell in eine sehr lebhaft Diskussions mit den Kolleginnen und Kollegen. Der Nachmittag wurde vom Diplompsychologen und BSBD Landesvorstandsmitglied **Michael Bach** gestaltet. Aus seinem unerschöpflichen Erfahrungsschatz beleuchtete Kollege **Bach** die Problematik.

BSBD Landesverband gründet Arbeitsgruppe

Die Probleme der jungen Bediensteten stehen im Fokus

Schwerpunktt Themen zusammengetragen

Immer mehr sehr junge Bewerberinnen und Bewerber interessieren sich für die Berufe hinter den Mauern der rheinland-pfälzischen Gefängnisse.

Früher legte man bei der Auswahl des Personals das Augenmerk auf die Lebenserfahrung, älteren Bewerber/innen, so eine Regelung ist heute nicht mehr möglich.

Zu wenige Interessenten aus dieser Personengruppe melden sich für den Dienst hinter Gittern. Grund dafür ist insbesondere die unzureichende Besoldung.

Erstes Treffen der Ortsverbandsdelegierten in Wittlich

Der BSBD Landesverband möchte sich zukünftig auch gezielt und nachhaltig für die Belange unserer jüngeren Mitglieder einsetzen.

Aus diesem Grund wurde eine Arbeitsgruppe „Junge Bedienstete“ installiert. Welche Probleme und welche Forderungen hat unser Nachwuchs an

seinen Arbeitgeber aber auch an die Gewerkschaft. Zu einem ersten Treffen reisten die Ortsverbandsdelegierten nach Wittlich. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde wurden Themen für die zukünftige Arbeitsgruppentätigkeit zusammengetragen.

Folgende Schwerpunkte wurden genannt:

- Ausbildungskonzept für den AvD
- Engmaschige Betreuung der Anwärter/innen während der gesamten Ausbildungszeit
- Zentrale Stelle für eine landesweite Anwärterbetreuung
- Zulassung von Körperschmuck z.B Tattoos
- Erhöhung der DuZ Sätze
- Bessere Information über den Beruf des Vollzugsbediensteten
- Bessere Vereinbarkeit von Familie und Schichtdienst

Die hochmotivierten Arbeitsgruppenteilnehmer werden sich zu weiteren Arbeitssitzungen treffen.



Ein Teil der AG-Mitglieder.

Foto: BSBD RLP



www.bsbd-rlp.de

Die Ergebnisse sind aufschlussreich und repräsentativ

Umfrage der gemeinsamen AG der Sozialen Dienste ausgewertet

Mit sehr viel Engagement haben die Mitglieder der gemeinsamen Arbeitsgruppe des BSBD und der LAG Sozialen Dienste die Umfrage der Laufbahnangehörigen ausgewertet.

Besonderer Dank gilt hier der Kollegin **Genzlinger** und dem Kollegen **Enders**. Diese beiden AG Mitglieder haben die Ergebnisse ausgewertet, zusammengefasst und zu einer anschaulichen Präsentation aufbereitet.



Foto: © Rawpixel.com/AdobeStock

Erfreulich ist auch, dass sich sehr viele Angehörige der Laufbahn an der Befragung beteiligt haben und die Ergebnisse somit als repräsentativ eingestuft werden können. Bevor die AG jedoch die Ergebnisse in der Öffentlichkeit vor-

stellt, werden die Angehörigen zeitnah über die Ergebnisse der Befragung informiert.

Die sehr interessanten und aufschlussreichen Ergebnisse sollen anschließend dem Minister, der zuständigen Stelle

im Ministerium und den Landtagsfraktionen vorgestellt werden. Die Rückschlüsse aus der aktuellen Situation der Laufbahnangehörigen muss, so die AG Mitglieder, im zukünftigen Haushalt Berücksichtigung finden.



Von links nach rechts: Kollege **Enders**, die Kolleginnen **Grill**, **Genzlinger**, **Schmidt**, **Buchholz** und Kollege **Paulus**.

Foto: BSBD RLP

Treffen mit dem Antisemitismusbeauftragten des Landes

Ansprechpartner für Rheinland-Pfälzer jüdischen Glaubens

Dieter Burgard, ehemaliger Bürgerbeauftragter des Landes, wurde Ende des letzten Jahres von der Ministerpräsidentin **Malu Dreyer** zum Beauftragten gegen Antisemitismus berufen.

Bundesweit war Rheinland-Pfalz das erste Bundesland, welches einen Beauftragten für Antisemitismus installierte. Seit seiner Verabschiedung als Bürgerbeauftragter erfüllt Herr **Burgard** diese ehrenamtliche Tätigkeit mit sehr viel Engagement.

Er ist in dieser Funktion Ansprechpartner für Rheinland-Pfälzer jüdischen Glaubens und koordiniert Projekte zur Bekämpfung von Antisemitismus.

Seit fast 30 Jahren ist er mit sehr viel Herzblut und Sachverstand für die Erinnerungsarbeit und den Erhalt jüdischen Lebens in unserem Bundesland



Antisemitismusbeauftragter **Dieter Burgard** (r.), BSBD Landesvorsitzender **Winfried Conrad**.

Foto: BSBD RLP

eine feste Größe. In seiner achtjährigen Funktion als Bürgerbeauftragter, aber auch in seiner Zeit als **SPD**-Landtagsabgeordneter hatte er immer ein offenes Ohr für die Probleme und Belange der rheinland-pfälzischen Strafvollzugsbediensteten. In seinen alljährlichen Rechenschaftsberichten beklagte **Dieter**

Burgard auch immer wieder die unzureichende Personalausstattung und die dadurch resultierende Belastungssituation der Mitarbeiter.

Landesvorsitzender **Conrad**, der leider an der offiziellen Verabschiedung von Herrn **Burgard** in Mainz als Bürgerbeauftragter nicht teilnehmen konnte, traf sich mit ihm in Koblenz, um sich auch persönlich für die jahrelange vertrauensvolle Zusammenarbeit zu bedanken.

Zahlreiche **BSBD** Arbeitsgruppen trafen sich mit dem Bürgerbeauftragten um zu informieren und Probleme anzusprechen. In vielen Seminaren hat **Dieter Burgard** als Referent zur Verfügung gestanden und die Arbeit der Gewerkschaft unterstützt.

Dafür sei ihm hier noch einmal herzlich gedankt.

Der **BSBD** und Herr **Burgard** möchten die Zusammenarbeit aber auch zukünftig fortsetzen. In seiner neuen Funktion wird er als Referent und Unterstützer weiterhin den guten Kontakt mit den Gewerkschaftern pflegen.

BSBD Ehrenvorsitzender Theo Wannemacher:

„Nicht durch Rückschläge entmutigen lassen“

Gewerkschaftsarbeit erfordert viel Geduld, Beharrlichkeit und ein dickes Fell

Mitglieder des Landesvorstandes trafen sich mit dem ehemaligen BSBD Landesvorsitzenden und jetzigen Ehrenvorsitzenden Theo Wannemacher.

Der nunmehr 96-jährige Gewerkschafter hat schon seit Jahren seinen Alterswohnsitz in das schöne Neustadt an der Weinstraße verlegt. Das Ehrenmitglied im Landesvorstand **Werner Schäfer** hatte den Besuch bei Kollegen **Wannemacher** dankenswerterweise organisiert. Einen seinem Alter entsprechenden körperlich fitten und immer noch sehr an der gewerkschaftlichen Arbeit interessierten Kollegen trafen die Landesvorstandsmitglieder an. Alte und neue Geschichten wurden ausgetauscht, und alle Teilnehmer stellten fest, dass viele der heutigen Probleme des Justizvollzuges auch schon früher Thema in der Gewerkschaft waren. **Wannemacher** appellierte an die jetzigen Verbandsfunktionäre, sich auch nicht durch Rückschläge entmutigen zu lassen. Die Interessen der Kolleginnen und Kollegen gegenüber dem Ministerium und der Politik zu vertreten sei überaus wichtig in unserer Gesellschaft. Er wünschte dem Landesvorstand Geduld, Beharrlichkeit und ein dickes Fell bei seiner Arbeit.



Werner Schäfer (r.), Theo Wannemacher (l.).

Foto: BSBD RLP

Schock über Gewaltexzesse gegenüber Bediensteten

Der Rechtsstaat muss „Flagge zeigen“

Landesvorsitzender Winfried Conrad und alle Vollzugsbediensteten des Landes sind sehr geschockt über zwei besondere Vorkommnisse in rheinland-pfälzischen Vollzugseinrichtungen, bei denen Bedienstete massiv verletzt wurden.

Zunächst kam es in der JVA Diez zu einem Gewaltausbruch gegen Bedienstete, bei dem einem der Kollegen offensichtlich mit einer Essenschale bru-



Foto: © patila - Fotolia.com

tal ins Gesicht geschlagen wurde. Der Bedienstete wurde nach Erkenntnissen der Gewerkschaft bei der Aktion schwer verletzt und hat Brüche im Gesichtsbereich. Weitere fünf Bedienstete wurden anschließend so durch den Gefangenen verletzt, dass sie sich dienstunfähig melden mussten. Weiter wurde eine junge Kollegin der JVA Zweibrücken Opfer eines gewalttätigen Inhaftierten. Der Gewalttäter versuchte zunächst der jungen Frau heißes Teewasser ins Gesicht zu kippen. Diese wurde aber am Halsbereich und am Oberkörper getroffen und verbrüht. Sie musste mehrere Tage stationär im Krankenhaus behandelt werden. Alle rheinland-pfälzischen

Kolleginnen und Kollegen hoffen, dass keine bleibenden Beeinträchtigungen bei der jungen AvD-Kollegin zurückbleiben. Die Gewerkschaft wünscht allen Verletzten gute Besserung und hofft, dass die Verursacher zur Rechenschaft gezogen werden.

Landesvorsitzender **Conrad** ist entsetzt über die brutalen und rücksichtslosen Angriffe auf das Vollzugspersonal, die offensichtlich mit großer Brutalität ausgeführt wurden.

Es kann nicht sein, dass unsere Bediensteten massiv körperlich angegriffen werden. Hier muss der Rechtsstaat „Flagge zeigen“, kommentierte der Gewerkschaftschef die Lage.



Foto: © Jonathann Stutz/AdobeStock